

Die große Friedenskundgebung in Newyork.

Die Friedenskundgebung des amerikanischen Volkes in Newyork am 24. Juni nahm nach den nunmehr vorliegenden ausführlichen Berichten einen weit glänzenderen Verlauf, als die englischen Kabelmeldungen zugeben wollten. Nicht weniger als 70 000, nach anderer Schätzung gar gegen 100 000 Menschen, Angehörige aller Nationalitäten, waren an dem in der Geschichte Newyorks beispiellos dastehenden denkwürdigen Abend zum Madison Square Garden geströmt, um den zurückgetretenen Staatssekretär Bryan sein Friedensprogramm entwickeln zu hören. Nicht endenwollender Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil. Sein Triumph fand in den folgenden Tagen den stärksten Widerhall in allen Teilen der großen Republik. Die von der Massenversammlung angenommene Entschliebung lautet in Uebersetzung folgendermaßen:

Angeichts der entsetzlichen Bluttragödie in der Alten Welt, die ihresgleichen in der Geschichte der Menschheit nicht findet, angeichts der offenkundigen Absicht einer der kriegführenden Parteien, die Vereinigten Staaten mit in diese Schrecknisse hineinzuziehen (gemeint ist England. D. Schrift.), beschließt und erklärt diese Massenversammlung amerikanischer Bürger, durchdrungen von freiesittlicher Vaterlandsliebe und in treuer Anhänglichkeit an die Ueberlieferung ihrer Vorfäter, auf einem Boden, der bisher glücklich von dem die halbe Welt gleich einer Sturmflut verschlingenden Ringen unberührt blieb, folgendermaßen:

1) Das amerikanische Volk fordert Frieden mit aller Welt.

2) Es verlangt von Regierung und Volk die Einhaltung der strengsten Neutralität gegenüber den kriegführenden Mächten, nicht nur in Wort, sondern in der Tat, es fordert die Einhaltung einer Neutralität, die nicht auf buchstabenmäßiger Auslegung der Gesetze beruht, sondern die Tatsachen der Wirklichkeit wie die praktischen Folgen berücksichtigt.

3) Aus vollem Herzen und mit ganzer Seele, wie es nur einem in seinem Inneren frevelhaft verletzten Volke möglich ist, verdammen wir die nichts als heilig achtende Kriegspropaganda, die unter der Maske des Patriotismus und im schändlich mißbrauchten Namen der Menschlichkeit von Deuten, die am Kriege verdienen, in diesem Lande betrieben worden ist und noch betrieben wird. Frühere Vorurteile, die von jedem nach Amerika eingewanderten Bürger längst abgelegt sind, zu neuem Leben zu erwecken, ist ein Frevel gegen die öffentliche Moral. Die Grundlagen der Vereinigten Staaten ruhen auf der Eintracht der von der ganzen Welt gesammelten Volksteile, ihre Stärke liegt in der Vereinigung von Rassen, Talenten, Rassengaben und Rassentemperamenten, die so mannigfaltig sind wie die Völker der Erde. Darum ist es ein Kapitalverbrechen gegen die Gesamtheit, verfestigte nationale unfreundliche Gefühle zu Haßgefühlen aufstacheln zu wollen. Es ist Hochverrat gegen Einheit und Bestand der Vereinigten Staaten, jemanden zur politischen Parteinahme veranlassen zu wollen in einem Kriege zwischen Ländern, aus denen jeder einzelne Bürger der Vereinigten Staaten doch seinen Ursprung herleitet.

4) Ganz besonders verurteilt die Versammlung die elenden Machenschaften eines großen Teiles der Zeitungen, die in den letzten sechs Monaten ihr denkbar äußerstes getan haben, um unser Volk an den Rand des Krieges zu zerren. Es erscheint unglaublich, daß eine von finanziellen Interessen beherrschte Presse monatelang einen Feldzug der Täuschung führen konnte, der darauf berechnet ist, durch Verbreitung böswilliger Gerüchte, durch Ermutigung politischer Spitzel, durch unablässige, systematische Erfindung, Verdrehung und Unterdrückung, durch wohlüberlegte, skrupellos fortgesetzte Fälschung ein friedliebendes Volk in den Krieg zu hegen, wäre das amerikanische Volk nicht durch die jüngsten Tatsachen eines besseren belehrt worden.

5) In ihren Verhandlungen mit den Regierungen von England und Deutschland sollten die Vereinigten Staaten unentwegt darauf bestehen, daß die Rechte der neutralen Schifffahrt gewahrt werden, daß die dem friedlichen Handel dienenden Schiffe ihre Ladungen ungehindert am Bestimmungsort löschen können, falls nicht die völkerrechtlichen Bestimmungen der Londoner Deklaration vom Jahre 1909 dem entgegenstehen.

6) Das Leben amerikanischer Bürger, die unter dem Schutze der Gesetze zu erlaubten Zwecken die Meere befahren, muß unter allen Umständen geachtet und gesichert werden.

7) Mit der Pflicht der Regierung, die im Auslande befindlichen Bürger zu schützen, geht Hand in Hand die Pflicht der Bürger, sich nicht auf unbesonnene Abenteuer einzulassen, welche der Regierung bei ihren Bemühungen Schwierigkeiten bereiten könnten.

8) Kein amerikanischer Bürger hat das Recht, irgendeiner kriegführenden Macht dadurch Deckung zu geben, daß er auf einem mit Munition beladenen Dampfer als Fahrgast fährt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat die Pflicht, die Bürger hiervor zu warnen.

9) Die Interessen des amerikanischen Volkes und der Menschlichkeit verlangen, daß die Ausfuhr von Waffen und Munition an die Kriegführenden verboten wird. Arbeitskraft und Fertigkeit amerikanischer Arbeiter in solche Bahnen leiten und amerikanisches Kapital von friedlicher, natürlich gesunder und Wohlstand schaffender Industrie zur Herstellung von Mordwaffen abzulenken, ist eine volkswirtschaftliche Torheit und ein Verbrechen gegen die Moral. Wir verwerfen als einer großen Nation unwürdig das blendende Schlagwort, daß ein selbständiger Staat seine Ausfuhrgeetze nicht ändern dürfe, weil gerade ein Krieg zwischen anderen Völkern im Gange ist. Nicht die kleinste Stelle im Völkerrecht, kein Präzedenzfall, kein analoger Fall kann als Stütze für diese haltlose, widersinnige Behauptung beigebracht werden, durch welche das Publikum von Geldinteressenten in dieser Frage betrogen werden soll. Die erste Pflicht einer Regierung ist die Sorge für das Wohlergehen der eigenen Staatsangehörigen, demgegenüber spielen die Ansichten fremder Regierungen über unsere innere Landesgesetzgebung eine untergeordnete Rolle. Die Einheit und Ruhe unserer eigenen Volksgenossen hat der Sucht nach ausländischer Gunst voranzustehen. Wenn einmal die Gefühle anderer Nationen berücksichtigt werden sollen, so liegt doch auf der Hand, daß der Unwille von Millionen, denen Väter, Brüder und Söhne durch amerikanische Kugeln getötet werden, ungleich tiefer und bleibender sein muß, als die Enttäuschung derer, denen wir unsere Beihilfe bei Abschachtung ihrer Feinde verweigern. Fast während eines Jahres haben amerikanische Waffen- und Munitionsfabriken ausschließlich die Völker unter britischer Führung gegen die drei Völker des teutonischen Bundes mit Waffen versorgt. Die Behauptung, es würde unneutral sein, nach einjähriger Ausfuhr, die in Wirklichkeit nur zugunsten Englands und seiner Verbündeten gearbeitet hat, alle Kriegführenden zu zwingen, sich auf ihre eigenen Hilfsquellen zu verlassen, ist das Eingeständnis einer Parteilichkeit, die alle unsere Neutralitätserklärungen in Mißkredit bringt, die der gewöhnliche Menschenverstand klar durchschaut und die der gesunde Sinn des amerikanischen Volkes, das in Wahrheit human und unparteiisch sein will, nicht dulden wird. Wir verlangen daher, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Ausfuhr von Waffen und Munition verbietet und damit der Welt einen Beweis von praktischer Weisheit, Humanität, Charakter und möglichst vollkommener Einhaltung strengster Neutralität liefert.